

Warum es mit der Klimapolitik hakt, und wie sich die Blockade überwinden ließe

Von der Verteidigung zur Transformation der Lebensweise

Der Wahlkampf Anfang 2025 hat es deutlich gezeigt: Es hat sich etwas verschoben. Transformationsanstrengungen sind mit immer mehr Widerständen konfrontiert. Warum haben sich gesellschaftliche Prioritäten innerhalb weniger Jahre so dramatisch verschoben? Wie kann darauf reagiert werden?

Von Dennis Eversberg und Matthias Schmelzer

Allenthalben scheint sich Transformationsmüdigkeit breit zu machen (Beckert 2024; Mau et al. 2023; Staab 2022). War Klimapolitik 2021 noch eines der bestimmenden Themen vor der Wahl gewesen, so geriet sie diesmal zum ungeliebten Randthema und Gegenstand der Abgrenzung, wie sie in der aggressiven Anti-Klima-Rhetorik der rechtsextremen AfD oder im Wahlprogramm der Union, die unter anderem die Rücknahme von Heizungsgesetz und Verbrennerverbot versprach, sichtbar wurde. Stattdessen dominieren Themen wie Migration, Lebenshaltungskosten, Verteidigung und die Angst vor einer Deindustrialisierung die öffentliche Diskussion. Warum haben sich gesellschaftliche Prioritäten innerhalb weniger Jahre so dramatisch verschoben? Hierauf wollen wir aus soziologischer Sicht eine Erklärung mit Blick auf die Mentalitäten in der deutschen Bevölkerung anbieten und einen Vorschlag machen, wie sich das „Limit“, mit dem klima- und transformationspolitischer Wandel derzeit konfrontiert scheint, in Richtung neuer Perspektiven überwinden ließe.

Viele sehen als zentralen Grund für die beschriebene Gegenbewegung, dass Fürsprecher*innen einer ambitionierten Klimapolitik in und jenseits der Regierung aus ihrem eigenen bürgerlich-akademischen Erfahrungshintergrund heraus „die soziale Frage“ vergessen hätten und den weniger Wohlhabenden durch ihre aus einer abstrakten „moralischen Ökologie“ heraus dogmatisch verfolgten Maßnahmen übermäßige Lasten aufbürden wollten (z. B. Mau et al. 2023; Huber 2022). Aus der Sicht unserer Forschung zu den sozial-ökologischen Mentalitäten der Bevölkerung ist diese Deutung zwar nicht völlig falsch, beschreibt aber nur einen, aus unserer Sicht eher überbetonten und unzulässig verallgemeinerten Teilespekt. Vor allem verdeckt die einseitige Fixierung der Debatte darauf etwas anderes, für die jetzige Lage deutlich Entscheidenderes: Der Widerstand gegen klimaschutzbedingte Veränderungen wuchs

seit dem Ende der Merkel-Ära zwar auch, aber nicht in erster Linie bei jenen, die sozial am stärksten benachteiligt sind, sondern in den materiell wohlhabenden Mittel- und Oberschichten, die sich durch die notwendigen Maßnahmen in ihrer gewohnnten Lebensweise bedroht sehen.

Weder Polarisierung noch Konsens, sondern konfliktive Dreiecksbeziehung

Unsere Forschung, die wir zuletzt mit Kolleg*innen im Buch *Der neue sozial-ökologische Klassenkonflikt* vorgestellt haben, zeigt auf, wie sich die Bevölkerung, grob korrespondierend mit Unterschieden von sozialstrukturellen Lagen, in unterschiedliche Fraktionen aufteilt, die sich im Konflikt um das Für, Wider, Was und Wie von sozial-ökologischer Transformation unterschiedlich positionieren (Eversberg et al. 2024). Das Bild, das wir auf der Grundlage einer repräsentativen Befragung von Ende 2021 gewonnen haben, ist weder eines von Polarisierung (Otteni/Weisskircher 2022) noch von Konsens (Mau et al. 2023), sondern das einer Dreiecksbeziehung zwischen drei Mentalitätsspektren. Die verbreitete Wahrnehmung einer Polarisierung in Klimafragen trifft dabei das Verhältnis zwischen zweien dieser Spektren: dem nach wie vor klimapolitisch überzeugten, vor allem in Bildungsmilieus verorteten *öko-sozialen* und dem von der Veränderung überforderten, für autoritäre Angebote aufgeschlossenen *defensiv-reaktiven*, das sich 2021 in prekären und sozial benachteiligten Lagen konzentrierte. Hinter dem plakativen Gegensatz dieser beiden Pole, politisch repräsentiert durch Grüne und AfD (Otteni/Weisskircher 2022), geht bei oberflächlicher Betrachtung aber allzu leicht der Blick für das verloren, was sich im dritten, zahlenmäßig bedeutsamsten Spektrum abspielt, das wir das *konservativ-steigerungsorientierte* nennen. Es umfasst die typischen Mentalitäten dessen, was man die „gesellschaftliche Wohlstandsmitte“ nennen könnte – also jener sozialen Gruppen, die das exportorientierte deutsche Wachstumsmodell und die Politik der Bundesregierungen unter Merkel lange Zeit aktiv mitgetragen hatten und davon auch durch längerfristige Wohlstandszuwächse profitierten. Der Deal, den die Politik dieser gleichermaßen produktiv wie konsumtiv ins *business as usual* eingebundenen Mitte angeboten und lange eingehalten hat: Wir reden viel von Klima und Transformation, modernisieren, liberalisieren und ökologisieren das Land behutsam – aber nur so weit, dass ihr ungestört weiter so leben könnt wie bisher, euer materieller Wohlstand wird durch inklusives und „grünes Wachs-

„Nachhaltigkeitsziele sind ohne Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums nicht zu erreichen.“

tum‘ weiter stetig steigen. Im Bewusstsein der so Angesprochenen drückte sich dieser Deal aus durch die hohe abstrakte Zustimmung zu klimapolitischen Forderungen in Umfragen, aber – weniger offensichtlich – eben auch in der Erwartung, dass einem das nichts abverlangen und die eigene ‚Freiheit‘ zu Besitz und Konsum nicht beeinträchtigen werde.

Der neue Verteidigungskonsens und die Radikalisierung der veränderungsaversen Mitte

Bis zum Zeitpunkt unserer Befragung 2021 nun war dieser Deal ganz offensichtlich unhaltbar geworden: Das Versprechen der Vereinbarkeit von Transformation und Veränderungsverschonung hielt angesichts eskalierender Krisen nicht mehr. Die Ampelkoalition reagierte darauf zunächst durch die Flucht nach vorn in den „Fortschritt“, entwickelte aber sehr schnell eine Arbeitsteilung, in der die einen die aufgegangene Kluft rhetorisch in Richtung Transformation, die anderen in Richtung Erhalt der Lebensweise zu überbrücken suchten. Die Folgen sind bekannt. Im Angesicht eskalierender Krisen reagierte das konservativ-steigerungsorientierte Mentalitätsspektrum zunehmend mit der Abwehr vermeintlicher ‚Zumutungen‘ und der Bekräftigung der einmal angewöhnten Erwartungen. Die frühere Balance zwischen ‚wir brauchen Wandel‘ und ‚wir möchten aber gerne auch weiter so leben‘ kippte – in Richtung entschlossener Bekräftigung von Lebensweise- und Wohlstandsverteidigung.

Wohlgemerkt: es geht hier um Teile der *Mittel- und Oberschichten*. Ihnen erschienen etwa Heizungsgesetz, Verbrennerverbot und Tempolimitdebatten als unzumutbare Verletzungen des früheren Schutzversprechens für den eigenen Wohlstand, und sie begannen nun immer deutlicher nach einer Erneuerung des Versprechens zu verlangen – auch unter Verzicht auf klimapolitische Ansprüche. Diese Nachfrage bedienten im jetzigen Wahlkampf Union und FDP – und näherten sich damit im klimapolitischen Rückwärtsgang programmatisch an die noch stärker rückwärtsgerichteten Programmatiken von AfD und BSW an.

Auch wenn unzumutbare Härten und soziale Ungleichheit eine Rolle spielen: Es sind dieser defensive *turn* der Wohlstandsmitte und die Instrumentalisierung des Ungleichheitsarguments im Dienste der Besitzstandswahrung, durch die sich derzeit das politische Koordinatensystem verschiebt. Diese handgreifliche Kluft zwischen offenkundig notwendiger Veränderung und dem Unwillen, eigene Lebensweisen zu ändern,

mündet so faktisch in einen politische wie Mentalitätsspektrum übergreifenden *neuen Verteidigungskonsens* (Blühdorn 2024) – gegen Klimapolitik und Transformation. Dieser neue Konsens bedeutet eine *Entpolarisierung* der Klimapolitik: Zunehmend konsensual wird nun der unbedingte Erhalt der gegebenen Lebensweise, während das *ökosoziale* Spektrum, das bislang als entgegengesetzter Pol erschien, eher zur Restgröße wird. Oder genauer: Es wird zunehmend isoliert, fragmentiert und orientierungslos, während sich die veränderungsaversen Mitte radikaliert.

Es stimmt: Klimapolitik wurde zu lange nicht als die soziale Verteilungs- und Gerechtigkeitsfrage behandelt, die sie ist. Das größte Versäumnis daran ist aber, dass Politik wie Nachhaltigkeitsforschung sich selbst und der Gesellschaft nicht eingestanden, wie viel an Veränderungs- und Anpassungsleistungen *den Wohlhabenden und Reichen* wird abverlangt werden müssen. Stattdessen wurde der Fokus auf technokratische Lösungen und die Hoffnung gelegt, dass Klimaschutz ohne spürbare Veränderungen der Lebensweise und der Wohlstandsverteilung auskommen werde. Dieses Versprechen um des Wahlerfolgs willen ein ums andere Mal zu erneuern, ist politisch verantwortungslos und entmündigt die Menschen.

Raus aus der Sackgasse der Versprechungen

Um aus dieser Versprechenssackgasse herauszufinden, muss Klima- und Nachhaltigkeitspolitik ehrlich und transparent sein: Sie darf nicht immer und immer aufs Neue eine Kontinuität der Lebensweise in Aussicht stellen, die schlicht unrealistisch geworden ist. Zugleich muss sie sich aber auch aus dem Verzichts- und Belastungsdiskurs befreien, unter dessen Bann das ganze Thema heute steht. Das bedeutet nicht, hohl gewordene Versprechen durch neue zu ersetzen, aber doch klar zu machen, dass sozial gerechte Klimapolitik ein Programm zur Verbesserung der Lebensqualität für viele Menschen sein kann – vor allem für sozial Benachteiligte (Aigner 2021).

In einer Klimapolitik als sozialer Infrastrukturpolitik liegt aus unserer Sicht ein entscheidender Schlüssel für solch eine positive Perspektive. Ganz in diesem Sinne hat der Expert*innenrat für Klimafragen (2025) jüngst die Klima-Förderpolitik der Ampel als sozial unausgewogen kritisiert, weil sie Subventionen an Privathaushalte verteilt hat, die sich Häuser und (E-) Autos leisten können, während das versprochene Klimageld, dass auch denen geholfen hätte, die nachhaltig in kleinen Mietwohnungen leben und ÖPNV fahren, nicht kam. Neben sozial gestaffelten finanziellen Hilfen hat er sich als Gegenmaßnahme für eine Politik des Ausbaus öffentlicher Infrastrukturen ausgesprochen, die auf ressourcenschonende Art und Weise allen gleichermaßen Teilhabe ermöglichen und Lebensqualität deutlich verbessern können.

Das setzt Investitionen in einem enormen Umfang voraus, die unter der als Zukunftsinvestitionsbremse wirkenden Schuldenbremse nicht möglich sind. Angesichts des bereits beschlossenen Milliardenpakets für Infrastrukturinvestitionen ist

es aber alles andere als utopisch. 500 Milliarden Euro stehen in den kommenden Jahren für Infrastruktur sowie für zusätzliche Investitionen zur Erreichung der Klimaneutralität bis zum Jahr 2045 zur Verfügung. Ihre Verwendung wird angesichts der Dringlichkeit der Klimatransformation eine echte Schicksalsfrage und muss von ökosozialer Seite offensiv politisiert werden, um diese Gelder für einen strategisch geplanten und auf klimaneutrale, gemeinwohlverpflichtete und breite Teilhabe ermöglichten Strukturen gerichteten Umbau zu nutzen.

Statt immer unglaublich Wachstumsversprechen zu machen, muss eine Klimapolitik, die das ernst nimmt, die Synergien zwischen Klimaschutz und sozialer Gerechtigkeit hervorheben und aufzeigen, dass dieser Umbau der Gesellschaft eben nicht auf Verlust, sondern auf größere Lebensqualität hinauslaufen kann. Das hat zum Beispiel der österreichische Klimarat (APCC) in seinem Bericht „Strukturen für ein klimafreundliches Leben“ 2022 detailliert aufgezeigt (Görg et al. 2023), und am konsequentesten durchdacht sind Konzepte einer infrastrukturorientierten Klimapolitik derzeit in der Degrowth-Debatte (Schmelzer et al. 2022; Kallis et al. 2025). Verbote und Einschränkungen, die primär Wohlhabende treffen (z. B. Verbot von Privatjets, Einkommens- und Vermögensobergrenzen, ökologische Steuern, Einschränkung von Luxuskonsum), schaffen Legitimation. Eine ermöglichte Fundamentalkonomie, die auf Zugang zu sozialer Infrastruktur für alle setzt (vom ÖPNV bis zu Energieversorgung, günstigem Wohnraum bei Wohnraumsuffizienz), sichert Klimaschutz ab, weil Bedürfnisdeckung über solche Infrastrukturen ressourcenschonender ist als über privates Eigentum (Neckel 2022).

Privates Eigentum, das zeigen unsere Befunde, ist Teil des Problems der Nichtnachhaltigkeit der gegebenen gesellschaftlichen Strukturen. Umverteilung von oben nach unten, aber auch von privat zu öffentlich ist also nicht nur aus Finanzierungsgründen unerlässlich, sondern auch weil geringere Ungleichheit die Zustimmung zu Veränderung erhöht. Jenseits kreditfinanzierter Investitionen muss deshalb auch das In-Verantwortung-Nehmen wohlhabender Haushalte durch eine Vermögensabgabe nach Art. 106 GG eine zentrale Forderung sein. Dieses verfassungsmäßig zur Bewältigung außergewöhnlicher Krisen vorgesehene Instrument kann nicht nur die in einer reichen Gesellschaft wie Deutschland vorhandenen Mittel dorthin lenken, wo sie dringend gebraucht werden. Sondern es kann auch entscheidend zu dem Ausgleich sozialer Ungleichheiten beitragen, ohne den erfolgreiche Übergänge zu einer für alle zugänglichen nachhaltigen Lebensweise nicht denkbar sind.

Die Infragestellung der gegebenen Eigentumsverhältnisse und die Einsicht, dass Nachhaltigkeitsziele nicht anders als über Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums von privat zu öffentlich zu erreichen sind, machen einen solchen Ansatz zur direkten Antithese des neuen Verteidigungskonsenses. Konsequent ausformuliert darf eine solche Politik mit heftigem Gegenwind rechnen – aber utopisch ist nicht sie, sondern die Vorstellung, das Wachstum werde es schon wieder richten.

Literatur

- Aigner, E. (2021): Klimasoziale Politik: eine gerechte und emissionsfreie Gesellschaft gestalten. Wien, bahoe books.
- Beckert, J. (2024): Verkaufte Zukunft: Warum der Kampf gegen den Klimawandel zu scheitern droht. Berlin, Suhrkamp.
- Blühdorn, I. (2024): Unhaltbarkeit: Auf dem Weg in eine andere Moderne. Frankfurt, Suhrkamp.
- Eversberg, D./Fritz, M./Faber, L./Schmelzer, M. (2024): Der neue sozial-ökologische Klassenkonflikt: Mentalitäts- und Interessengegensätze im Streit um Transformation. Frankfurt und New York, Campus.
- Expertenrat für Klimafragen (2025): Zweijahresgutachten 2024. Gutachten zu bisherigen Entwicklungen der Treibhausgasemissionen, Trends der Jahresemissionsgesamtmengen und Jahresemissionsmengen sowie Wirksamkeit von Maßnahmen. Berlin. https://klimamich.de/ExpertenRatKlimafragen_2025.pdf
- Görg, C. et al. (2023): APCC Special Report: Strukturen für ein klimafreundliches Leben. Berlin und Heidelberg, Springer. <https://link.springer.com/book/10.1007/978-3-662-66497-1>
- Kallis, G. et al. (2025): Post-growth: the science of wellbeing within planetary boundaries. In: *The Lancet Planetary Health* 9/1: e62–e78. DOI: 10.1016/S2542-5196(24)00310-3
- Mau, S./Lux, T./Westheuser, L. (2023): Triggerpunkte: Konsens und Konflikt in der Gegenwartsgesellschaft. Frankfurt, Suhrkamp.
- Neckel, S. (2022): Infrastruktursozialismus: Die Bedeutung der Fundamentalökonomie. Kapitalismus und Nachhaltigkeit. Frankfurt, Campus. 161–176.
- Otteni, C./Weisskircher, M. (2022): AfD gegen die Grünen? Rechtspopulismus und klimapolitische Polarisierung in Deutschland. In: *Forschungsjournal Soziale Bewegungen* 35/2: 317–335. DOI: 10.1515/fjsb-2022-0022
- Schmelzer, M./Vetter, A./Vansintjan, A. (2022): The Future is Degrowth: A Guide to a World Beyond Capitalism. London, Verso.
- Staab, P. (2022): Anpassung: Leitmotiv der nächsten Gesellschaft. Berlin, Suhrkamp.

AUTOREN + KONTAKT

Dr. Dennis Eversberg ist Professor für Umweltsoziologie an der Goethe-Universität Frankfurt am Main.

Goethe-Universität Frankfurt am Main,
Theodor-W.-Adorno-Platz 6, 60323 Frankfurt am Main.
Tel.: +49 69 79836695,
E-Mail: eversberg@soz.uni-frankfurt.de



Dr. Matthias Schmelzer ist Professor für sozial-ökologische Transformationsforschung an der Europa-Universität Flensburg.

Europa-Universität Flensburg, Auf dem Campus 1b,
24943 Flensburg. Tel.: +49 4 618 052871,
E-Mail: matthias.schmelzer@uni-flensburg.de

